

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Voxtrup (5)

am Mittwoch, 21. Januar 2009

Dauer: 19.30 Uhr bis 21.30 Uhr

Ort: Gemeindesaal Margaretenkirche, Wasserwerkstraße 81

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung:

Herr Bürgermeister Jasper (i. V. des Oberbürgermeisters)

von der Verwaltung:

Herr Stadtrat Dr. Baier, Finanzvorstand (i. V. des Oberbürgermeisters)

Frau Bauer, Fachbereich Städtebau / Fachdienst Verkehrsplanung

von der Stadtwerke Osnabrück AG:

Frau König (Bau Kanalnetze)

Herr Wisniewski (Planung Kanalnetze)

Protokollführung:

Frau Hoffmann, Büro für Ratsangelegenheiten

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Dichtheitsuntersuchung der Grundstücksanschlüsse durch die Stadtwerke Osnabrück AG
 - b) Verkehrssituation Holsten-Mündruper-Straße
 - c) Finanzen der Stadt Osnabrück - hier: Kosten für Gutachten, Verwendung der Gewinnabführung der Stadtwerke Osnabrück AG
 - d) Umfrage zur Zusammenlegung der Grundschulen in Voxtrup
 - e) Nachmittagsbetreuung/Hortbetreuung von Schulkindern/Ferienbetreuung in Voxtrup
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
- 4 Anregungen und Wünsche

Herr Jasper begrüßt ca. 60 Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Ratsmitglieder (Herr Jürgens, Herr Mierke, Frau Westermann) und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Dr. Baier verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 10.09.2008 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Dichtheitsuntersuchung der Grundstücksanschlüsse durch die Stadtwerke Osnabrück AG

Herr Wisniewski von der Stadtwerke Osnabrück AG informiert anhand einer Präsentation über die Dichtheitsuntersuchungen der Grundstücksanschlüsse. Die Stadtwerke wurden von der Stadt Osnabrück beauftragt, diese Untersuchungen vorzunehmen. Die rechtlichen Grundlagen ergeben sich aus dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Niedersächsischen Wassergesetz. Jeder Grundstückseigentümer ist Anlagenbetreiber und muss bis 2015 die Dichtheit seiner Grundleitungen gegenüber der Stadt Osnabrück belegen. Der Nachweis ist 20 Jahre gültig. Wer über ein relativ neues Gebäude verfügt und von der ausführenden Bau-firma eine Bescheinigung zur Dichtheit der Grundstücksanschlüsse erhalten hat, muss keine weitere Untersuchung in Auftrag geben.

Die Kommune ist zuständig für die Anschlusskanäle und Revisionsschächte. Für diese Prüfung entstehen dem Grundstückseigentümer keine Kosten. Der Grundstückseigentümer ist zuständig für die Grundleitungen, die zu den jeweiligen Gebäuden führen. Das bedeutet, dass der Eigentümer auf eigene Kosten für diese Untersuchung selber ein geeignetes Unternehmen mit der Prüfung beauftragen muss. Die Untersuchungen beginnen im Stadtteil Voxtrup aufgrund der räumlichen Nähe zur Trinkwasserschutzgebiet. Die Stadtwerke planen, ca. im März in zwei bis drei Straßen eine Art Testphase durchzuführen, voraussichtlich unter Beteiligung externer Fachfirmen. Ab ca. Frühsommer 2009 sollen die weiteren Untersuchungen im Stadtteil vorgenommen werden. Die Stadt Osnabrück wird die betroffenen Bürger anschreiben und weitere Informationen zu den geplanten Untersuchungen geben. Auskünfte hierzu erteilt Frau Lundt im Fachbereich Städtebau (Tel. 323-4480).

Ein Bürger fragt nach der Kostenaufteilung, wenn mehrere Gebäude an einen Schacht angeschlossen sind.

Herr Wisniewski erläutert, dass die Grundstückseigentümer sich gemeinsam auf eine Kostenteilung einigen müssten.

Ein Bürger fragt, ob die Stadtwerke im Auftrag der Grundstückseigentümer gegen entsprechende Rechnung die Untersuchungen der Grundleitungen übernehmen könnten.

Herr Wisniewski erläutert, dass dies seitens der Stadtwerke nicht möglich sei.

Herr Mierke sieht es als zweckmäßig an, die Arbeiten an den Grundleitungen unter Federführung der Stadt Osnabrück zu koordinieren, so dass den Grundstückseigentümern möglichst wenig Aufwand und Kosten entstehen.

Ein Bürger schlägt vor, dass ein Unternehmen für die Arbeiten auf allen Grundstücken beauftragt wird. Als Bürger könne man nicht ohne weiteres erkennen, welche Firma über die erforderlichen fachlichen Qualifikationen verfügt.

Ein Bürger fragt nach den Kosten, die für eine solche Untersuchung entstehen.

Frau König weist darauf hin, dass die Stadt Osnabrück die Grundstückseigentümer noch anschreiben und ausführlich informieren wird. Evtl. könnte ein Hinweis auf die externen Fachfirmen gegeben werden, die im Auftrag der Stadtwerke die Kanäle und Schächte untersuchen werden.

Ein Bürger weist darauf hin, dass manche Schächte nur durch Kellerräume zugänglich sind.

Ein Bürger bittet darum, dass seitens der Stadt Osnabrück vor Beginn der Untersuchungen im nächsten Bürgerforum über die noch offenen Fragen informiert wird.

Ein weiterer Bürger fragt, wie sich die Situation darstellt bei den Versickerungsanlagen in älteren Wohnhäusern.

Herr Wisniewski erläutert, dass Versickerungsanlagen im Wasserschutzgebiet ohnehin nur für eine oberflächennahe Versickerung zulässig sind. Wichtig sei vor allem die Dichtheit der Schmutzwasserkanäle.

Herr Jasper bittet die Verwaltung darum, die Bürger zu den noch offenen Fragen zu informieren bzw. im nächsten Bürgerforum zu berichten.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

Die Stadt Osnabrück und/oder die Stadtwerke können keine Firmen für Arbeiten auf den Privatgrundstücken beauftragen. Im Zuge der direkten Information der Anlieger (ca. 4 Wochen vor Beginn der Arbeiten in der jeweiligen Straße) wird jedoch die Firma genannt, die die Arbeiten im öffentlichen Bereich durchführen soll. Zusammen mit diesem Anschreiben wird auch ein Flyer mitgeschickt, der zusätzlich über Details und Abläufe informiert. Außerdem werden im Zuge einer Presseinformation alle Firmen, die als Fachfirma für Dichtheitsprüfungen zugelassen sind, aufgefordert, sich bei der Stadt zu melden, um dort in einer Sammeliste, die den Grundstückseigentümern zur Verfügung gestellt werden können, erfasst zu werden. Über Kosten auf den Grundstücken kann seitens der Stadt keine Aussage getroffen werden, da diese sowohl Firmen- als auch Leitungsabhängig sind.

2 b) Verkehrssituation Holsten-Mündruper-Straße

Herr Heuer bittet um Information, ob bzw. welche verkehrsberuhigenden Maßnahmen geplant sind.

Frau Bauer zeigt anhand eines Luftbildes den Verlauf der Holsten-Mündruper-Straße und die Lage der Wohngebiete auf.

Anfang Oktober 2008 fand ein Ortstermin statt. Mehrere Themen kamen dabei zur Sprache: Bürger fahren zu schnell, in einigen Abschnitten fehlen Fuß- und Radwege, in Höhe des Lavendelweges wird eine Querungshilfe für die Anwohner an der westlichen Straßenseite benötigt.

Von Montag, 27.10., bis Mittwoch, 29.10.2008 wurden Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Insgesamt wurden 3.180 Kfz gemessen (stadteinwärts 1.680 Kfz, davon 86 Lkw / stadtauswärts 1.500 Kfz, davon 80 Lkw). Die mittlere Geschwindigkeit lag bei 46,8 km/h (stadteinwärts) bzw. 45,7 km/h (stadtauswärts). Der V85-Wert (Geschwindigkeit, die von 85 % der Kfz erreicht wird), an dem sich die Verkehrsplanung orientiert, ergab jedoch höhere Geschwindigkeiten: 62,8 km/h (stadteinwärts)/63,1 km/h (stadtauswärts). Daraus ist ersicht-

lich, dass ein Handlungsbedarf vorhanden ist. Eine Verbesserung der Situation soll durch bauliche Maßnahmen erreicht werden, darüber hinaus sollen von der Polizei weitere Geschwindigkeitskontrollen vorgenommen werden. Die Verwaltung erstellt zurzeit Planungen für die noch fehlenden Fuß-/Radwegeabschnitte an der Holsten-Mündruper-Straße. Insbesondere für den Straßenabschnitt ab der Einmündung Steiniger Heide stadteinwärts sei ein Weg erforderlich, da es für Fußgänger keine alternative Wegestrecke gibt. Als Querungshilfe sei eine Mittelinsel geplant, die darüber hinaus zur Reduzierung der Fahrgeschwindigkeiten beitragen solle. Für den Bau einer Mittelinsel müssten einige Bäume gefällt werden. Grundsätzlich solle die Allee erhalten bleiben. Die Maßnahmen seien technisch anspruchsvoll und daher relativ kostenaufwändig. Die Verwaltung wird die Kostenschätzung dem zuständigen Fachausschuss vorlegen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wird voraussichtlich im März über das Verkehrsberuhigungsprogramm 2009 beraten. Aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel müssten ggf. Prioritäten gesetzt werden.

Frau Westermann begrüßt die Planung für die Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation. Aus Sicherheitsgründen sei eine Übergangsregelung erforderlich, insbesondere um eine Reduzierung der überhöhten Geschwindigkeiten zu erreichen. Sie schlägt vor, zusätzliche Schilder aufzustellen.

Frau Bauer berichtet, dass mit dem Ortseingangsschild den motorisierten Verkehrsteilnehmern die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h unmissverständlich dargestellt wird. Evtl. könnte noch ein Hinweisschild „Vorsicht Fußgänger queren“ errichtet werden.

Frau Westermann berichtet, dass sich die Bürger kaum an die Geschwindigkeitsregelung halten. Daher müsse dringend etwas getan werden.

Ein Bürger begrüßt die geplanten Maßnahmen. Eine zusätzliche Beschilderung bringt keine Reduzierung der Geschwindigkeiten mit sich. Es wäre sinnvoll, wenn durch die Polizei öfters Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen würden.

Herr A. Hüdepohl bezieht sich auf seinen Vorschlag aus dem vorigen Bürgerforum, für die Holsten-Mündruper-Straße außerhalb der geschlossenen Ortschaft bis zur Grenze nach Bisendorf Tempo 50 anzuordnen und zwischen Autobahnbrücke und Waldhofstraße Tempo 30. Die Verwaltung hat diesen Vorschlag abgelehnt. Herr A. Hüdepohl plädiert nochmals dafür, diesen Vorschlag dennoch umzusetzen.

Frau Bauer weist darauf hin, dass Reduzierungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit nicht beliebig vorgenommen werden können. Hierzu gebe es rechtliche Vorgaben. Entscheidend sei das ordnungsgemäße Verhalten der Verkehrsteilnehmer. Die Anregung von Herrn Hüdepohl und die Stellungnahme der Verwaltung sollen ebenfalls dem Fachausschuss vorgestellt werden.

Herr Hüdepohl führt aus, dass es zwischen An der Spitze und der BAB-Unterführung mehrere gefährliche Stellen an der Holsten-Mündruper-Straße gibt. Er spricht sich dafür aus, nicht nur kleine Einzelmaßnahmen vorzunehmen, sondern ein Gesamtkonzept für die Verbesserung der Verkehrssicherheit zu erstellen und umzusetzen.

Eine Bürgerin schlägt vor, kurzfristig ein Geschwindigkeitsdisplay aufzustellen.

Frau Bauer berichtet, dass drei fest installierte Geschwindigkeitsdisplays im Stadtgebiet aufgestellt sind. Die Verwaltung plant, ein weiteres mobiles Display anzuschaffen, da es viele Wünsche für eine Aufstellung gibt. Die Erfahrungen mit den Displays, die je nach gemessener Geschwindigkeit „Bitte langsamer“ oder „Danke“ anzeigen, seien durchaus positiv.

Herr Mierke spricht sich dafür aus, die Verkehrssicherheit an der Holsten-Mündruper-Straße zu verbessern. Nun sei abzuwarten, welcher Kostenaufwand für die Maßnahmen kalkuliert

werde. Es gebe im Stadtgebiete weitere Unfallschwerpunkte, so dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt eine Abwägung vornehmen müsse. Weiterhin erkundigt er sich, ob für den Wegebau private Grundstücksflächen benötigt würden.

Frau Bauer berichtet, dass die Planungen vorsehen, den Weg zwischen den Privatgrundstücken und den Baumreihen entlang zu führen, damit keine privaten Flächen in Anspruch genommen werden müssen. Es müsse noch geprüft werden, ob die Planung so zu realisieren sei.

2 c) Finanzen der Stadt Osnabrück - hier: Kosten für Gutachten, Verwendung der Gewinnabführung der Stadtwerke Osnabrück AG

Herr Düsing fragt, wie viele Gutachten die Stadt im Jahr 2008 hat erstellen lassen und wie hoch die Kosten hierfür waren. Weiterhin fragt er, wie die Gewinnabführung der Stadtwerke Osnabrück AG an die Stadt verwendet wird.

Herr Dr. Baier berichtet, dass die Verwaltung gutachterliche Leistungen an Externe vergibt, sofern innerhalb der Verwaltung keine entsprechenden Ressourcen vorhanden sind. Einige Fragestellungen seien nur einmal innerhalb eines größeren Zeitraums zu bearbeiten, z. B. die Rekultivierung der Mülldeponie Piesberg oder die Machbarkeitsstudie für eine Veranstaltungshalle. Manche Tätigkeiten können von externen Fachkräften kostengünstiger durchgeführt werden. Eine zentrale Erfassung aller Gutachten innerhalb der Verwaltung erfolgt nicht. Der Schwerpunkt der Beauftragung gutachterlicher Leistungen liegt im Baubereich (z. B. Architektenleistungen für Hochbauvorhaben).

Herr Düsing spricht den Bauantrag der Fa. R&R (ehem. Roncadin) an. Dabei seien Kosten für Gutachten entstanden, die nun nicht mehr benötigt würden.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

Die Kosten für Gutachten, die im Rahmen von Investitionen erforderlich sind (z. B. Antrag auf Bau eines Hochregalkühllagers der Fa. R&R - ehemals Roncadin - im Sommer 2008), werden grundsätzlich von den jeweiligen Investoren getragen und gehen nicht zu Lasten des städtischen Haushaltes. Diese Gutachten werden aber von der Stadt Osnabrück beauftragt und fachlich geprüft, bevor sie in das weitere Verfahren der Bauleitplanung eingehen.

Herr Dr. Baier berichtet, dass die Stadtwerke Osnabrück AG über Betriebsteile verfügen, die Überschüsse erwirtschaften, manche Bereiche dagegen defizitär seien (z. B. ÖPNV, Bäderbetrieb). Die Stadtwerke müssen die Mittel für ihre Investitionen selber erwirtschaften.

Im letzten Jahr wurden 2 Mio. Euro an die Stadt Osnabrück abgeführt. Die Hälfte der Summe wird als Zuschuss für die OsnabrückHalle verwendet, die andere Hälfte für verschiedene Vorhaben der Stadt Osnabrück, z. B. auch für verkehrsberuhigende Maßnahmen.

Herr Düsing schlägt vor, dass die Stadtwerke ihre Gaspreise senken anstatt für die Stadt Osnabrück Überschüsse zu erwirtschaften.

Herr Dr. Baier berichtet, dass die Preisgestaltung für Energielieferungen ein äußerst komplexes Thema und die zukünftige Entwicklung schwer vorhersehbar sei. Die Stadtwerke Osnabrück seien mit ihren Energiepreisen in norddeutschen Raum relativ günstig. Die Stadtwerke seien zudem an ihre eigenen Lieferverträge gebunden und müssten ihre Preise entsprechend kalkulieren.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

Die Verwaltung erstellt jährlich einen Beteiligungsbericht über die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Osnabrück in den Beteiligungsgesellschaften, Eigengesellschaften und Eigenbetrieben. Diese Berichte (seit 2005) sind im Internet veröffentlicht unter: www.osnabrueck.de → Rathaus Online → Konzern Stadt → Beteiligungen.

2 d) Umfrage zur Zusammenlegung der Grundschulen in Voxtrup

Frau Westermann fragt, warum eine Umfrage durchgeführt wurde, ob schon Ergebnisse vorliegen und welche Planungen die Verwaltung hat.

Frau Westermann berichtet, dass ihr Schreiben der Schulen vorliegen, wonach von der Verwaltung zu diesem Thema schon ein Gesprächstermin anberaumt wurde.

Eine Bürgerin berichtet, dass die Schulleiterin der Astrid-Lindgren-Schule zum Sommer in eine andere Schule wechselt. Am 14.1.2009 hätte im Rathaus bereits ein Gespräch zur Zusammenlegung der Schulen stattgefunden.

Ein Bürger teilt mit, dass er am gestrigen Tag gehört habe, dass die Zusammenlegung bereits beschlossen sei.

Herr Sommer vom Elternrat teilt mit, dass das Freiwerden einer Schulleiterstelle Anlass war, die Frage einer möglichen Zusammenlegung anzusprechen. Daher sei die Verwaltung aufgefordert worden, eine Planung zum weiteren Vorgehen zu erarbeiten. Eine Umfrage durch die Verwaltung sei allerdings der letzte Schritt des Verfahrens und fand noch nicht statt. Hier handelt es sich offenbar um eine Fehlinformation. Es gab in einigen Klassen eine Umfrage, die von Eltern initiiert wurde. Für eine Zusammenlegung sei die mehrheitliche Zustimmung der Eltern beider Schulen erforderlich. Für den 9.2.2009 sei ein Gesprächstermin mit den Elternräten, der Verwaltung und der Landesschulbehörde geplant.

Herr Jürgens stellt klar, dass am 14.1.2009 über die gesamtstädtische Entwicklung der Osnabrücker Schulstandorte gesprochen wurde. Die Verfahren zur Frage, ob eine Zusammenlegung in Voxtrup möglich und sinnvoll sei, würde erst jetzt eingeleitet.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass die Schüler für das Schuljahr 2010/2011 bis zum Mai dieses Jahres angemeldet sein müssen und es daher für die Eltern wichtig sei zu wissen, wie sich der Schulstandort in Voxtrup entwickelt.

Herr Mierke berichtet, dass die Frage der Zusammenlegung schon vor einigen Jahren diskutiert wurde. Damals gab es keine Mehrheit bei den Eltern. Eine Zusammenlegung könne durchaus Vorteile mit sich bringen.

Ein Bürger weist darauf hin, dass vom Land Niedersachsen Grundschulen im ländlichen Raum geschlossen werden sollen. Daher sei es wichtig für Voxtrup, den Schulstandort zu stärken.

Herr Jasper bittet die Verwaltung darum, die Beteiligten schnellstmöglich über den Planungsstand zu informieren, da zu diesem Thema viele Gerüchte entstanden sind.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

Die Elternräte der Schulen haben zu einem ersten Gesprächstermin am 9.2.2009 Vertreter der Verwaltung, des Bistums und der Landesschulbehörde eingeladen. Der Zeitpunkt für die Umsetzung einer evtl. Zusammenlegung ist abhängig vom Verlauf der Gespräche. Falls sich die Eltern beider Schulen mehrheitlich für eine Zusammenlegung aussprechen, würde der Vorschlag dem Rat der Stadt Osnabrück vorgelegt, der dann ebenfalls zustimmen müsste. Danach sei die Genehmigung des Landesministeriums einzuholen.

2 e) Nachmittagsbetreuung/Hortbetreuung von Schulkindern/Ferienbetreuung in Voxtrup

Frau Westermann fragt nach den geplanten Betreuungsangeboten.

Herr Dr. Baier berichtet, dass die Verwaltung beabsichtigt, im Februar dieses Jahres die Planungen für ein Hortangebot am Schulstandort zu konkretisieren, um möglichst nach den

Sommerferien sicherzustellen, dass dieses Angebot realisiert werden kann. Eine bereits im Vorjahr durchgeführte Bedarfserhebung zeigt deutlich, dass ein Betreuungsbedarf für Hortkinder am Nachmittag besteht. Mit der Realisierung eines entsprechenden Hortangebotes würde auch ein Ferienbetreuungsangebot realisiert werden, um so die Infrastruktur im Stadtteil Voxtrup auch für diese Zielgruppe zu verbessern. Die derzeitigen Planungen und Zielsetzungen gehen davon aus, möglichst nach den Sommerferien 2009 ein entsprechendes Hortangebot im Stadtteil Voxtrup vorzuhalten, evtl. schon mit einem vorgelagerten Ferienprojekt im Sommer.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

Seitens des Fachbereiches Städtebau gibt es keine aktuellen Informationen

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Geschwindigkeitsüberschreitungen Wasserwerkstraße

Ein Bürger teilt mit, dass in der Wasserwerkstraße immer wieder zu schnell gefahren wird, insbesondere abends. Die Rechts-vor-Links-Regelung werde nicht beachtet. Er regt an, hinter der Einmündung zur Düstruper Heide noch eine Schwelle zu errichten oder zumindest die weißen Fahrbahnmarkierungen wieder aufzubringen, die früher dort vorhanden waren.

4 b) Geplante Ansiedlung einer Spedition östlich der Stadtgrenze in Natbergen

Herr Korte von der Bürgerinitiative „Schönes Natbergen“ berichtet über die Pläne zur Errichtung eines Gewerbe-/Industriegebietes am Eistruper Weg in Natbergen, da sich dort eine Osnabrücker Spedition ansiedeln will. Die Spedition habe einen 24-Stunden-Betrieb mit ca. 350 Lkw/h. Die Hälfte der Fahrten würden mit 7,5-t-Lkw im Nahverkehr durchgeführt. Es müsse damit gerechnet werden, dass Voxtrup von zusätzlichem Lkw-Verkehr betroffen sein werde, insbesondere durch den Nahverkehr in Richtung Norden. Das geplante Gewerbegebiet tangiert die Wasserschutzzone, die Haseniederung, den Hase-Ems-Radweg u. a. Dadurch werde ein Naherholungsgebiet vernichtet.

Ein Bürger fragt, ob die Stadt Osnabrück Einfluss auf die Planungen nehmen könne, insbesondere im Hinblick auf das Wasserschutzgebiet in Düstrup.

Herr Dr. Baier berichtet, dass bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes, der für die Ausweisung eines Gewerbe- bzw. Industriegebietes erforderlich ist, u. a. die so genannten Träger öffentlicher Belange (Behörden, Ver- und Entsorgungseinrichtung, Verbände und Vereine usw.) beteiligt werden. Sicher würde auch die Stadt Osnabrück zu einer Stellungnahme aufgefordert.

Herr Dr. Baier führt aus, dass die Stadt Osnabrück es begrüßen würde, wenn die Spedition, die ihre einzelnen Standorte zusammenfassen und sich vergrößern möchte, in Osnabrück verbleiben könnte. Eine ausreichend große Fläche sei im Stadtgebiet aber nicht vorhanden.

Herr Jürgens macht deutlich, dass in einer Wasserschutzzone II durchaus gebaut werden dürfe, allerdings unter bestimmten Auflagen.

Herr Hüdepohl weist darauf hin, dass z. B. die Meller Landstraße ohnehin für Lkw ab 7,5 t gesperrt ist.

Ein Bürger gibt zu bedenken, dass solche Unternehmen durch die Lkw-Fahrten zwar Lärm-belästigungen mit sich bringen, andererseits dringend benötigte Arbeitsplätze für die Bewohner von Stadt und Region zur Verfügung stellen.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

Die Gemeinde Bissendorf hat bei einer telefonischen Nachfrage bestätigt, dass die Stadt Osnabrück bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes im Rahmen der „Beteiligung der Träger öffentlicher Belange“ beteiligt würde und eine Stellungnahme zu den Vorhaben abgeben könne. Für den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan sei der Gemeinderat Bissendorf zuständig.

4 c) Ausschilderung der Polizeistation Voxtrup-Lüstringen

Herr Block berichtet, dass die Ausschilderung zur Polizeistation am Wachtelweg 1a (Ecke Düstruper Straße) nach dem Umzug noch nicht erfolgt ist, obwohl die Abstimmung der Standorte bereits im letzten Sommer zusammen mit der Verwaltung durchgeführt wurde.

Herr Mierke bittet die Verwaltung darum, die Beschilderung unverzüglich aufzustellen, da es sich um einen wichtigen Hinweis für die Anwohner und für Hilfesuchende handelt.

4 d) Geschwindigkeitskontrollen Holsten-Mündruper-Straße

Herr Block berichtet, dass am heutigen Tag Geschwindigkeitskontrollen auf der Holsten-Mündruper-Straße durchgeführt wurden und zwar in beiden Fahrtrichtungen, so dass das Messfahrzeug auch entgegengesetzt der Fahrtrichtung an der Straße stand. Daraufhin gab es zum Teil massive Beschwerden vor allem von Voxtruper Bürgern. So wurde u. a. der Standort des Fahrzeuges fotografiert, weil es angeblich zu nah am Ortseingangsschild stand. Dies war aber nicht der Fall. Ein Voxtruper Bürger habe die Vertreter von Polizei und Verwaltung derart aggressiv beschimpft, dass ein Platzverbot angedroht werden musste.

Herr Block stellt klar, dass Geschwindigkeitsmessungen im Sinne der Bürger durchgeführt werden und ein Bewusstsein für ein verkehrsgerechtes Verhalten schaffen sollen. Oft würden von den Bürgern zusätzliche Tempokontrollen gefordert. Es sei inakzeptabel, wenn sich dann diejenigen Bürger beschwerten, die selber bei Geschwindigkeitsüberschreitungen er-pappt werden.

Herr Hengelbrock berichtet, dass er vor mehreren Monaten darauf hingewiesen habe, dass ein Messfahrzeug den Gehweg so blockiert habe, dass mit einem Kinderwagen kein Durchkommen mehr möglich war. Das gleiche habe er im Dezember letzten Jahres beobachtet. Auch heute sei der Weg zur Hälfte blockiert und die Einfahrt an der Straßeneinmündung beeinträchtigt gewesen.

Herr Block teilt mit, dass bei den heute durchgeführten Kontrollen durch das Messfahrzeug keine Verkehrsbehinderung stattfand und der vorgeschriebene Abstand zur Straßeneinmündung eingehalten wurde.

4 e) Ampelmast am Radweg Meller Landstraße/Holsten-Mündruper-Straße

Herr Hengelbrock erinnert daran, dass seine Anfrage zur Versetzung eines Ampelmastes, der mitten auf dem Radweg steht (Kreuzung Meller Landstraße/An der Spitze) noch nicht beantwortet wurde. Der Mast steht an der engsten Stelle des Weges, nur etwa 1 m vor dem Treppenaufgang des Gasthauses. Der ganze Übergang müsste eigentlich einige Meter stadteinwärts versetzt werden.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

In der Sitzung des Bürgerforums Voxtrup am 05.03.2008 wurde folgendes mitgeteilt: Der Ampelmast steht nicht auf dem Radweg, sondern zwischen Radweg und Gehweg. Ein anderer Standort ist nicht möglich, da vor und hinter dem Mast umfangreiche Kabeltrassen verlaufen. Der Radweg für die durchgehende Verbindung Richtung Osnabrück befindet sich ohnehin auf der Fahrbahn.

Herr Jasper dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums für die aktive Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

Hoffmann
Protokollführerin

1 Anlage

Sitzung des Bürgerforums Voxtrup am 21.01.2009

TOP 1: Bericht aus der letzten Sitzung

Die Verwaltung hat die Anregungen und Wünsche aus der Sitzung des letzten Bürgerforums bearbeitet und Folgendes veranlasst:

Anregungen und Wünsche aus der Sitzung am 10.09.2008	Bericht der Verwaltung
Radweg bzw. Schutzstreifen für Radfahrer an der Düstruper Straße (TOP 2 a)	Auf einer Verkehrsschau am 25.09.2008 haben sich Vertreter/-innen der Verwaltung und der Polizei die Situation angesehen. Grundsätzlich ist die Anlage eines Schutzstreifens stadteinwärts möglich. Für die Überleitung an der Kreuzung Wellmannsweg erstellt der Fachdienst Verkehrsplanung eine Planung.
Überquerungshilfe Molenseten (TOP 4 h)	<p>Am 05.11. 2008 sind Fußgängererhebungen (7.00 - 9.00 Uhr und 12.00 - 14.30 Uhr) durchgeführt worden. Morgens querten hier 38 Fußgänger, davon 22 Kinder, die Straße; mittags waren es 10 Kinder und 6 Erwachsene. Vom 10.11. - 13.11.2008 sind im Abschnitt zwischen Molenseten und Am Werksberg dauerhafte Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt worden. Die mittlere Geschwindigkeit Richtung Meller Landstraße betrug 32,6 km/h, in Fahrtrichtung Düstruper Straße betrug sie 33,7 km/h. Das Geschwindigkeitsniveau ist aus Sicht der Verwaltung nicht als zu hoch einzuschätzen.</p> <p>Für die Anlage von Zebrastreifen gibt das Regelwerk eine Mindestmenge von 50 Fußgängern in der Spitzenstunde vor. Diese Werte werden hier bei weitem nicht erreicht. Die Verwaltung hält es aber für wünschenswert den Bereich, in dem durch den Wechsel des Gehweges auf die andere Straßenseite Fußgänger gezwungen sind zu queren, deutlicher kenntlich zu machen und wird dafür Lösungen erarbeiten.</p>
Überarbeitung des Fußweges Wasserwerkstraße / Düstruper Straße) (TOP1)	Die Überarbeitung des Fußweges ist für das Frühjahr 2009 vorgesehen. Art und Umfang der Sanierung werden noch festgelegt.
Verkehrssituation Holsten-Mündruper Straße (TOP 2 g)	► Der TOP wurde für diese Sitzung erneut angemeldet (siehe TOP 2a). In der Sitzung wird über den aktuellen Sachstand informiert.
<p>Sanierung Bürgersteig Wellmannsweg (TOP 4 i)</p> <p>hier: Frage nach dem Grund für die Maßnahme</p>	<p>Nach der Reinigung (Entfernen und Unkraut und Bewuchs) durch den Anlieger des angrenzenden Grundstücks (Wiese), der von der Verwaltung dazu aufgefordert wurde, hat sich der desolate Gehwegzustand gezeigt, vornehmlich die letzten Plattenreihen (zum Grundstück) waren völlig versackt.</p> <p>Die Maßnahme war zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit (Stolperstellen) <u>zwingend</u> erforderlich. Die Anzahl der Passanten ist kein Maßstab.</p>